

Ausgezeichnet und angeklagt

Einer prominenten Flüchtlingshelferin aus Berlin droht in Griechenland eine langjährige Haft. Der Prozess wird auf Lesbos geführt.

GERD HÖHLER

ATHEN. Für viele sind sie Helden. Doch die griechische Justiz verfolgt sie als Kriminelle. Am Dienstag wird auf der Ägäisinsel Lesbos der Prozess gegen 24 Mitarbeiter der Hilfsorganisation Emergency Response Center International (ERCI) wieder aufgenommen. Ihnen drohen Haftstrafen wegen Menschenhandels, Geldwäsche, Spionage und Bildung einer kriminellen Vereinigung. Menschenrechtsorganisationen sehen in dem Prozess einen Versuch, die Arbeit von Flüchtlingshelfern zu kriminalisieren. Hilfsorganisationen zu vertreiben und Migranten abzuschrecken.

Die prominenteste Angeklagte in dem Prozess ist die 27-jährige Sarah Mardini. Sie wuchs mit ihren Eltern und ihrer jüngeren Schwester Yusra in Damaskus auf. 2015 flohen die beiden Schwestern in die Türkei. Von dort wollten sie über die Ägäis nach Griechenland, auf die Insel Lesbos. Doch bevor sie die Küste erreichten, setzte der Motor des Schlauchboots aus. Sarah und Yusra, trainierte Wettkampfschwimmerinnen, sprangen über Bord und zogen schwimmend das Schlauchboot mit 18 Insassen an Land.

Von Griechenland gelangten die Schwestern über die Balkanroute nach Deutschland. Ihre Geschichte ging um die Welt. 2016 wurden sie als „Stille Heldinnen“ mit einem Bambi ausgezeichnet. Der Streamingdienst Netflix machte aus der „unglaublichen wahren Geschichte“ den Film „Die Schwimmerinnen“, der 2022 Premiere hatte.

Aber es gibt eine zweite Geschichte, die im Film nicht vorkommt. Sie spielt in den Jahren 2016 bis 2018. Sarah Mardini war aus Berlin nach Lesbos zurückgekehrt, um als Freiwillige für die Hilfsorganisation ERCI zu arbeiten. Die Organisation betreut Flüchtlinge, unter

anderem im berüchtigten Camp Moria. Als Mardini am 21. August 2018 nach Deutschland zurückfliegen wollte, wurde sie am Flughafen Lesbos festgenommen und kam in Untersuchungshaft.

Die Staatsanwaltschaft wirft ihr und ihren 23 Mitangeklagten unter anderem vor, sie hätten mit Menschenhändlern zusammengearbeitet. Nach 106 Tagen Untersuchungshaft im berüchtigten Athener Hochsicherheitsgefängnis Korydallos wurde Sarah Mardini gegen 5000 Euro Kaution entlassen und konnte nach Deutschland zurückkehren.

Im November 2021 kam es auf Lesbos zum Prozess, der aber aus Verfahrensgründen unterbrochen und an eine andere Kammer verwiesen wurde. Nun wird das Verfahren wiederaufgenommen. Es geht um Spionage und Urkunden-

Für jeden Migranten drohen 15 Jahre Haft

fälschung. Darauf stehen bis zu acht Jahre Haft. Zugleich läuft ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen die Angeklagten wegen Menschenhandels, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Geldwäsche. Spenden seien veruntreut worden, die Organisation in Wirklichkeit ein „kriminelles Netzwerk“. Dafür drohen bis zu 25 Jahre Haft.

Mardini und die Mitangeklagten bestreiten die Vorwürfe. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International nennt den Prozess eine Farce. Die Angeklagten hätten „nur das getan, was jeder von uns tun würde, wenn wir an ihrer Stelle gewesen wären“, sagt Nils Mülnicks von Amnesty International. Der Prozess zeige, dass die griechischen Behörden „nichts unversucht lassen, um humanitäre Hilfe zu unterbinden und Migranten abzu-



Sarah Mardini bei der Premiere von „Die Schwimmerinnen“. Der Film erzählt die Geschichte von ihr und ihrer Schwester. BILD: SHUTTERSTOCK/DAVID WIRE

schrecken“. Zu den Absurditäten des Prozesses gehört, dass Sarah Mardini in ihrem eigenen Verfahren bisher nicht vor Gericht erscheinen konnte. Die griechischen Behörden haben ein Einreiseverbot gegen sie verhängt. So will man offenbar verhindern, dass sie sich selbst vor Gericht verteidigt. Sie wird von einer Anwältin vertreten.

Kritiker stellen den Prozess in einen größeren Kontext. Sie sehen darin einen weiteren Beweis für die griechische Strategie der Abschreckung.

Dazu gehörten, sagen Menschenrechtler, das völkerrechtswidrige Zurückdrängen von Flüchtlingsbooten in der Ägäis, die gewollt gefängnisähnlichen Zustände in den Aufnahmestellen auf den griechischen Inseln und der immer größere Druck auf Hilfsorganisationen.

Ein Untersuchungsbericht des Europäischen Parlaments vom Juni 2021 bezeichnet den Prozess als „den größten Fall der Kriminalisierung von Flüchtlingssolidarität in Europa“. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch spricht von einem „politisch motivierten Prozess“, dessen Ziel es sei, Hilfsorganisationen einzuschüchtern und sie an ihrer Arbeit zu hindern. „Die

griechischen Behörden verfolgen die Angeklagten, weil sie das Leben von Menschen gerettet haben, die nach Ansicht der Behörden nicht gerettet werden sollten“, sagt Bill Van Esveland von der NGO.

Wie schmal in Griechenland der Grat zwischen Flüchtlingshilfe und Kriminalität ist, zeigt ein Fall vom Dezember 2020. Damals verurteilte ein Gericht drei junge Männer aus Afghanistan zu Haftstrafen zwischen 50 und 142 Jahren. Schleuser hatten sie mit anderen Migranten in Schlauchbooten aus der Türkei über die Ägäis gebracht. Auf halbem Weg hätten die Schlepper ihr mit vorgehaltener Waffe gezwungen, das Steuer zu übernehmen, und sich mit einem Beiboot davon gemacht, berichtete einer der drei, Hanad Abdi Mohammad. Als das Boot vor Chios in Seenot geriet, kam die griechische Küstenwache zu Hilfe. Weil der 28-jährige am Steuer saß, wurde er festgenommen und als Schleuser angeklagt.

Nach einem 2014 eingeführten Gesetz drohen Schleusern für jeden Menschen, den sie einschmuggeln, bis zu 15 Jahre Haft. Im Fall von Hanad Abdi Mohammad addierte sich das auf 142 Jahre. Er verbißt seine Strafe im Gefängnis von Chios.

Freispruch für Tschechien Ex-Premier

Andrej Babiš tritt bei der Präsidentenwahl kommende Woche an.

PRAG. Wenige Tage vor der Präsidentenwahl in Tschechien hat ein Gericht in Prag den aussichtsreichen Kandidaten und Ex-Ministerpräsidenten Andrej Babiš in einem Betrugsprozess um EU-Subventionen freigesprochen. Der Gründer der populistischen Partei ANO reagierte triumphierend: „Das Gericht hat bestätigt, was ich von Anfang an sage: dass ich unschuldig bin.“

Wegen mutmaßlicher Beihilfe zum Betrug hatte die Anklage drei Jahre Haft auf Bewährung für den Milliardär und Medienmogul gefällt. Der Freispruch dürfte nun die Wahlchancen für Babiš erhöhen. Eine Umfrage des Senders CNN Prima News vor dem Urteil hatte den 68-jährigen mit 27,9 Prozent der Stimmen auf dem ersten Platz gesehen.

Die Wahl findet am 13. und 14. Jänner statt. Sollte kein Kandidat eine absolute Mehrheit erlangen, gibt es zwei Wochen später eine Stichwahl. SN, dpa

KURZ GEMELDET

Drei weitere Iraner zum Tode verurteilt

TEHERAN. Im Iran hat die Justiz drei weitere Todesurteile im Zusammenhang mit den systemkritischen Protesten verhängt. Die Verurteilten sollen der Sicherheitsbeamte in der Millionenstadt Isfahan im Zentraliran getötet haben. Gleichzeitig gab es Proteste gegen die bevorstehende Hinrichtung zweier junger Demonstranten. SN, dpa

Debatte über deutsche AKW geht wieder los

BERLIN. SPD-Chef Lars Klingbeil hat am Montag einen Betrieb der drei verbliebenen deutschen Atomkraftwerke (AKW) über den 15. April hinaus ausgeschlossen. „Der Kanzler hat das klar entschieden.“ Er reagierte damit auf Verkehrsminister Volker Wissing (FDP), der die Entscheidung darüber in die Hände einer Expertenkommission legen will. SN, dpa

Wie der US-Präsident die Zuwanderung kontrollieren will

Vom Demokraten Joe Biden erhoffen sich viele Migranten, leichter ins Land zu kommen. Geht die Rechnung auf?

MICA ROSENBERG
CHRISTIAN RÜTTGER

NEW YORK. US-Präsident Joe Biden ist am Montag zu einem Besuch in Mexiko eingeflogen. Ein zentrales Thema ist die illegale Einwanderung aus Mittel- und Südamerika sowie den Karibikstaaten über die gemeinsame Grenze der beiden Nachbarn in die USA. Das Thema ist in den vergangenen Monaten hochgekocht, denn die USA erleben seit geraumer Zeit einen beispiellosen Ansturm von Migranten. Zahlreiche US-Gemeinden und Städte entlang der mehr als 3000 Kilometer langen Grenze schlagen Alarm.

Biden steckt in der Zwickmühle. Denn einerseits sieht er sich mit Forderungen konfrontiert, die illegale Einwanderung einzudämmen. Andererseits wird von einem nicht unerheblichen Teil seiner Anhängerschaft erwartet, dass er wie versprochen endlich eine echte Neuausrichtung der Einwanderungspolitik auf den Weg bringt, ohne humanitäre Aspekte zu vernachlässigen. Mehrere Reformversuche scheiterten in den vergangenen Jahrzehnten, da Demokraten und Republikaner keinen echten gemeinsamen Nenner finden.

Wie groß der Ansturm auf die USA derzeit ist, zeigen Daten der US-Grenzschutzbehörde. Allein im Haushaltsjahr 2022, also in den zwölf Monaten von Oktober 2021 bis Ende September 2022, verzeichnete man 2,2 Millionen Festnahmen an der US-mexikanischen Grenze. Ein Rekord.

Am ersten Jahr nach Bidens Amtsantritt im Jänner 2021 wurde ein drastischer Anstieg registriert. Nach Angaben von Experten knüpfen viele Migranten an den Demokraten die Hoffnung, wieder leichter in die USA gelassen zu werden – nach der restriktiven Handhabung während der Präsidentschaft von Bidens Vorgänger Donald Trump. Unter Trump war im März 2020, mit Beginn der Coronapandemie, die umstrittene Regelung „Title 42“ erlassen worden: Sie erlaubt es, un-

ter Verweis auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit Migranten direkt an der Grenze umgehend abzuweisen. Inzwischen halten Gesundheitsexperten die Regelung angesichts des Nachlassens der Coronakrise nicht mehr für nötig. Bürgerrechtler lehnen sie ohnehin ab, da sie ihrer Auffassung nach ermöglicht, Asylsuchende ohne rechtliche Verfahren pauschal abzuweisen.

Viele Migranten rechneten damit, dass die Regelung Ende 2022 abgeschafft würde. Der Oberste Gerichtshof hielt sie im Dezember jedoch vorerst aufrecht.

Biden fährt inzwischen eine zweigleisige Strategie. Einerseits verschärfte er angesichts der ange-

spannten Lage längst sein Vorgehen. Neue Maßnahmen seiner Regierung sehen unter anderem vor, Migranten konsistent abzuschieben, wenn sie auf dem Landweg versuchen, in die USA zu kommen. An die Migranten gerichtet, sagte er: „Tauschen Sie nicht einfach an der Grenze auf. Bleiben Sie, wo Sie sind, und stellen Sie von dort einen legalen (Einreise-)Antrag.“

Andererseits will der Präsident formell Asylanträge erleichtern. Zudem hat seine Regierung zugesagt, monatlich bis zu 30.000 Migranten aus Kuba, Haiti, Nicaragua und Venezuela unter bestimmten Voraussetzungen die Einreise per Flugzeug zu erlauben. SN, dpa